AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Landesamtsdirektion
Abteilung Landesamtsdirektion/Internationale und Europäische Angelegenheiten
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Präsident des NÖ Landtages
Ing. Johann Penz
Landtagspräsident

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 22.03.2017
zu Ltg.-**1072-1/A-3/180-2016**
~~-Ausschuss~~

LAD1-IE-A-3025/035-2017
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen
3

E-Mail: post.lad1@noel.gv.at
Fax 02742/9005-13610 Internet: http://www.noe.gv.at
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

Bezug	BearbeiterIn	(0 27 42) 9005 Durchwahl	Datum
-	Mag. Martha Holz	15354	21. März 2017

Betrifft
Ltg.-1072-1/A-3/180-2016

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne des Beschlusses des NÖ Landtages vom 26.1.2017, Ltg.-1072-1/A-3/180-2016, ist die NÖ Landesregierung bei der Bundesregierung vorstellig geworden und hat sie aufgefordert, sich weiterhin auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Werte und Grundrechte Europas, insbesondere sämtliche Freiheitsrechte, Pressefreiheit und Unabhängigkeit der Justiz, als Grundlage für Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union betrachtet werden und bestehende Beitrittsverhandlungen mit Ländern wie der Türkei, in welchen diese Werte und Grundrechte nicht eingehalten werden, eingefroren werden.

Gemäß der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung ist dieser Beschluss federführend von der Abteilung Landesamtsdirektion/Internationale und Europäische Angelegenheiten zu vollziehen.

Dazu wird folgender Bericht abgegeben:

Am 1. Februar 2017 richtete Herr Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll ein Schreiben an Herrn Bundeskanzler Mag. Kern und Herrn Vizekanzler Dr. Mitterlehner (siehe Beilage 1 und Beilage 2).

In der Folge ist beiliegendes Antwortschreiben des Herrn Vizekanzlers Dr. Mitterlehner (Beilage 3) bei Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll eingegangen. Darin wird insbesondere darauf verwiesen, dass sich die Bundesregierung für eine maßgeschneiderte Partnerschaft zwischen der EU und der Türkei einsetzt. Die Türkei sei auf absehbare Zeit nicht beitrittsfähig und die EU für sie nicht aufnahmefähig. Gleichzeitig bleibe die Türkei aber ein bedeutender regionaler und wirtschaftlicher Partner.

Hinsichtlich der von Niederösterreich angesprochenen politischen Herausforderungen zwischen der EU und der Türkei sei es vor allem wichtig, dass durch die Verhandlungen die Gesprächskanäle offen gehalten werden. Weiters könnten durch eine Modernisierung der Zollunion Impulse für notwendige Reformen gegeben werden, auch in Bezug auf besonders wichtige Bereiche wie politische Stabilität, Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik und Rechtssicherheit.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung
Dr. Erwin P R Ö L L
Landeshauptmann